

Synopse: Kernforderungen der sächsischen IHKs vs. Koalitionsvertrag „Ampel“

Januar 2022



VS



Die Sächsischen
Industrie- und Handelskammern

Grundsätzlich

Der Koalitionsvertrag der Berliner „Ampel“ bietet **Chancen für einen echten Modernisierungsschub**. Die Koalition definiert richtige und wichtige Zukunftsthemen: seien es die dringend benötigte Beschleunigung und Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen, Entbürokratisierungsschritte gerade für Gründer oder der Fokus auf Spitzentechnologie und Know-how-Transfer von Hochschulen zu Unternehmen. Äußerst positiv zu bewerten sind die Bekenntnisse zum Industriestandort Deutschland und seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit als Grundlage des hiesigen Wohlstands oder die umfassenden Pläne zur erleichterten Zuwanderung ausländischer Fachkräfte.

Kritisiert wird unter anderem das mögliche Vorziehen des Kohleausstiegs sowie das Fehlen einer echten Unternehmenssteuerreform.

Vor dem Hintergrund vieler guter Ansätze im Koalitionsvertrag muss dennoch konstatiert werden, dass sich die Ampel viel **staatliches „Micro-Management“** vornimmt, das letztlich immer die Gefahr für Bürokratie und schwindende unternehmerische Freiheit birgt.

Zu den Einzelheiten des Vertrags im Vergleich zu den IHK-Forderungen

KERNFORDERUNGEN DER LAG SACHSEN	KOALITIONSVERTRAG „AMPEL“	BEMERKUNG / ÜBEREINSTIMMUNG
STEUER- UND ABGABENLAST REDUZIEREN – SOLIDE FINANZPOLITIK FORCIEREN		
<ul style="list-style-type: none"> • Festhalten am Kurs einer soliden, nachhaltigen Haushaltsführung • Vermeidung öffentlichen Schuldenaufbaus 	<p>„Auch im Jahr 2022 werden fortwirkende Pandemiefolgen zu bewältigen sein, die weiterhin eine außergewöhnliche Notsituation im Sinne der Schuldenregel begründen. ... Ab 2023 werden wir dann die Verschuldung auf den verfassungsrechtlich von der Schuldenbremse vorgegebenen Spielraum beschränken und die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten.“</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Übereinstimmung hinsichtlich der Perspektive, die verfassungsrechtlich fixierte Schuldenbremse ab 2023 wieder einzuhalten
<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung einer Vermögenssteuer, Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags • Unternehmenssteuerreform zur Anpassung der Steuersätze auf das Niveau vergleichbarer Industrieländer • Reform der Abschreibungsregeln (degressive AfA) • Deckelung der Lohnnebenkosten 	<p>„Dazu wollen wir die Digitalisierung und Entbürokratisierung der Steuerverwaltung vorantreiben.“</p> <p>„Im Bereich der Unternehmensbesteuerung ist es uns ein Anliegen, die Steuerprüfung zu modernisieren und zu beschleunigen.“</p> <p>„Wir wollen Steuerbürokratie spürbar verringern, beispielsweise durch höhere Schwellenwerte und volldigitalisierte Verfahren.“</p> <p>„Wir werden die bereits eingeführte Mitteilungspflicht für grenzüberschreitende Steuergestaltungen auch auf nationale Steuergestaltungen von Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 10 Millionen Euro ausweiten.“</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Aussage zur Unternehmenssteuerreform und zur vollständigen Abschaffung des Soli • Keine Erwähnung einer Vermögenssteuer • Positiv, dass Steuerbürokratie abgebaut werden soll, jedoch wird an anderer Stelle (Mitteilungspflicht) dann wieder aufgebaut
INFRASTRUKTUREN AUSBAUEN – ZUKUNFTSINVESTITIONEN TÄTIGEN		
<ul style="list-style-type: none"> • Förderung des Breitbandausbaus mit Übertragungsraten von 1 GB/ Sekunde • Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für digitale Infrastruktur durch Pauschalurlaubnisse und digitalisierte Prozesse beschleunigen. • Trennung von Schienennetz und Bahnbetrieb • Ausbau ÖPNV-Angebote • Zügige Umsetzung des Verkehrswegeplanes 2030, Digitalisierung des Schienennetzes 	<p>„Unser Ziel ist die flächendeckende Versorgung mit Glasfaser (fiber-to-the-home, FTTH) und dem neuesten Mobilfunkstandard.“</p> <p>„Wir sorgen für Tempo beim Infrastrukturausbau durch schlanke digitale Antrags- und Genehmigungsverfahren, Normierung alternativer Verlegetechniken und Aufbau eines bundesweiten Gigabit-Grundbuchs.“</p> <p>„Wir werden die Deutsche Bahn AG als integrierten Konzern inklusive des konzerninternen Arbeitsmarktes im öffentlichen Eigentum erhalten. Die internen Strukturen werden wir effizienter und transparenter gestalten.“</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Richtige Bekenntnisse und Ansätze zur digitalen Infrastruktur sowie zur Beschleunigung der entsprechenden Genehmigungsverfahren • Keine Trennung von Schienennetz und Bahnbetrieb • Kritisch: umfassender Dialogprozess zur Umsetzung der Vorhaben des Bundesverkehrswegeplanes, der einzelne Projekte verzögern oder verhindern könnte. • Bekenntnis zur Digitalisierung des Schienennetzes

>>

KERNFORDERUNGEN DER LAG SACHSEN	KOALITIONSVERTRAG „AMPEL“	BEMERKUNG / ÜBEREINSTIMMUNG
	<p>„Dazu werden wir parallel zur laufenden Bedarfsplanüberprüfung einen Dialogprozess mit Verkehrs-, Umwelt-, Wirtschafts- und Verbraucherschutzverbänden starten mit dem Ziel einer Verständigung über die Prioritäten bei der Umsetzung des geltenden Bundesverkehrswegeplan.“</p> <p>„Bis 2030 wollen wir 75 Prozent des Schienennetzes elektrifizieren und innovative Antriebstechnologien unterstützen. Die Digitalisierung von Fahrzeugen und Strecken werden wir prioritär vorantreiben.“</p>	
<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der sozialen und technischen Infrastruktur in den Kommunen • Stärkung der kommunalen Finanzgrundlagen 	<p>„Unser Ziel sind leistungsfähige Kommunen mit einem hohen Maß an Entscheidungsfreiheit vor Ort, eine verlässliche öffentliche Daseinsvorsorge, eine starke Wirtschaft und eine engagierte Zivilgesellschaft.“</p> <p>„Im Rahmen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen wollen wir den Kommunen bei der Lösung der Altschuldenproblematik helfen.“</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Bekenntnis zur starken kommunalen Daseinsvorsorge-Infrastruktur • Ansatz zur Verbesserung der kommunalen Finanzgrundlage
<ul style="list-style-type: none"> • Verstetigung und ausreichende finanzielle Untersetzung des Hochschulpaktes • Verstetigung und Bekenntnis zur universitären Exzellenzstrategie 	<p>„Die Exzellenzstrategie hat sich bewährt und soll als Wettbewerbsraum einmalig mit zusätzlichen Mitteln für weitere Cluster ausgestattet werden. Wir stärken Verbände, Anträge für kooperative oder interdisziplinäre Exzellenzcluster zu erarbeiten, die im Wettbewerb gleichberechtigt behandelt werden.“</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Bekenntnis zur universitären Exzellenzstrategie
WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG AUF NEUE BEDARFE AUSRICHTEN		
<ul style="list-style-type: none"> • Bürokratie für Mittelstand abbauen. Prüfung aller Regulierungen auf Mittelstandskompatibilität • Zurückhaltung bei Ministererlaubnissen von Fusionen großer Marktakteure 	<p>„Förderprogramme und Investitionszuschüsse sollen vor allem für kleine und mittlere Unternehmen und Selbstständige deutlich einfacher zu beantragen und zu dokumentieren sein. Dafür werden wir sie digitalisieren, evaluieren und bedarfsgerecht ausgestalten.“</p> <p>„Wir werden das Ministererlaubnisverfahren so reformieren, dass wieder angemessene Klagemöglichkeiten gegen eine Ministererlaubnis bestehen und der Deutsche Bundestag im Verfahren beteiligt wird.“</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Reform Ministererlaubnisverfahren • Entbürokratisierung von Förderprogrammen für Mittelstand • Keine Weiterentwicklung des NKR

KERNFORDERUNGEN DER LAG SACHSEN	KOALITIONSVERTRAG „AMPEL“	BEMERKUNG / ÜBEREINSTIMMUNG
<ul style="list-style-type: none"> • Technologieoffene Forschungsförderung • Ausbau des Förderungen des Forschungszulagengesetzes • Fokus auf zentrale zukunftsweisende Technologiesektoren • Ausbau des Technologie- und Wissenstransfers 	<p><i>„Die Dynamisierung des Paktes für Forschung und Innovation (PFI) wollen wir erhalten.“</i></p> <p><i>„...indem wir einen verlässlichen und kosteneffizienten Weg zur Klimaneutralität spätestens 2045 technologieoffen ausgestalten.“</i></p> <p>Benennung zentraler Zukunftsfelder für FuE auf Seite 20 des KoaV</p> <p><i>„Unser Ziel ist die Stärkung von anwendungsorientierter Forschung und Transfer zur Schaffung und Stärkung regionaler sowie überregionaler Innovationsökosysteme. Dazu werden wir die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) gründen, ...“</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung der Forschungszulageförderung fehlt • Benennung zentraler FuE-Zukunftsfelder sowie konkrete Pläne für Stärkung des anwendungsorientierten Wissenstransfers von Universitäten zu Unternehmen • Keine Weiterentwicklung des Forschungszulagengesetz
<ul style="list-style-type: none"> • Wertschätzung für Unternehmertum, Selbstständigkeit als Karriereoption in Schulen kommunizieren • Abbau von Bürokratie für Gründer (One-Stop-Agency, Minimierung von Dokumentationspflichten, steuerliche Erleichterungen) • Staatliche Anreizung von privatem Wagniskapital • Öffnung von Gründer-Förderungen für Unternehmensnachfolgen 	<p><i>„Wir stärken die Start-up- und Gründerförderung... Wir schaffen neues Zutrauen in Gründergeist, Innovation und Unternehmertum.“</i></p> <p><i>„Wir schaffen die Voraussetzungen für flächendeckende „One Stop Shops“, also Anlaufstellen für Gründungsberatung, -förderung und -anmeldung. Ziel ist es, Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden zu ermöglichen.“</i></p> <p><i>„Wir wollen ermöglichen, dass privates Kapital institutioneller Anleger, wie Versicherungen und Pensionskassen, für die Startup-Finanzierung mobilisiert werden kann.“</i></p> <p><i>„...und dafür ein neues Förderinstrument schaffen, das auch für Unternehmensnachfolgen offensteht.“</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Positiv zu bewerten, dass Gründungen und der Weg in die Selbstständigkeit entbürokratisiert werden sollen • Auch allgemeines Bekenntnis zu Gründergeist und Unternehmertum („Zutrauen“) ist positiv.

KERNFORDERUNGEN DER LAG SACHSEN	KOALITIONSVERTRAG „AMPEL“	BEMERKUNG / ÜBEREINSTIMMUNG
<ul style="list-style-type: none"> • Automobilssektor als zentralen Bestandteil der Industriepolitik definieren • Technologieoffene Förderung neuer Antriebstechnologien • Förderung eines flächendeckenden elektrischen Schnellladenetzes 	<p><i>„Wir werden den Transformationsprozess der deutschen Automobilindustrie vor dem Hintergrund von Digitalisierung und Dekarbonisierung unterstützen.“</i></p> <p><i>„Wir unterstützen die Transformation des Automobilssektors, um die Klimaziele im Verkehrsbereich zu erreichen, Arbeitsplätze sowie Wertschöpfung hierzulande zu erhalten.“</i></p> <p><i>„Der Ausbau der Ladeinfrastruktur muss dem Bedarf vorausgehen. Wir werden deshalb den vorauslaufenden Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur mit dem Ziel von einer Million öffentlich und 52 diskriminierungsfrei zugänglichen Ladepunkten bis 2030 mit Schwerpunkt auf Schnellladeinfrastruktur ressortübergreifend beschleunigen, auf Effizienz überprüfen und entbürokratisieren. Wir setzen auf die Mobilisierung privater Investitionen. Wo wettbewerbliche Lösungen nicht greifen, werden wir mit Versorgungsaufgaben, wo baulich möglich, die verlässliche Erreichbarkeit von Ladepunkten herstellen.“</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Automobilssektor wird als zentraler Bestandteil des deutschen Industriestandorts definiert. Zum Auf- und Ausbau der Ladeinfrastruktur werden konkrete Pläne und Strategien genannt. • Der Fokus liegt eindeutig auf Elektromobilität, Technologieoffenheit spielt nur am Rande (E-Fuels) eine Rolle.

ÖFFENTLICHE VERWALTUNG MODERNISIEREN UND ENTBÜROKRATISIEREN

<ul style="list-style-type: none"> • Bürokratieentlastungsgesetz IV, Abschaffung der Vorfälligkeit der SV-Beiträge • Moratorium für neue Regulierung in der Wirtschaft • Bürokratie schon vor dem Entstehen systematisch verhindern • Ausweitung der One-in-one-Out-Regelung auf EU-Ebene • Umsetzung des Unternehmensstammdatenregisters und Weiterentwicklung zu einer zentralen Verwaltungsdatenbank • Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungspflichten . Abbau von Dokumentations-, Aufzeichnungs- und Nachweispflichten 	<p><i>„Wir werden ein neues Bürokratieentlastungsgesetz auf den Weg bringen, welches die Wirtschaft, [...] gegenüber dem bisherigen Bürokratieaufwand entlastet, ...“</i></p> <p><i>„Die Bundesregierung wird ein systematisches Verfahren zur Überprüfung des bürokratischen Aufwands von Gesetzen und Regelungen entwickeln, das eine regelmäßige Einbeziehung der Stakeholder vorsieht (Praxischeck).“</i></p> <p><i>„Die ressortübergreifende „One-in-one-out“-Regelung setzen wir konsequent fort.“</i></p> <p><i>„Das bereits beschlossene Unternehmens-Basisdatenregister soll schnell umgesetzt und dessen Finanzierung gesichert werden. Wir werden prüfen, inwiefern wir den Aufwand für und durch die rein elektronische Aufbewahrung von Belegen und Geschäftsunterlagen verringern können.“</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Bürokratieentlastung für die Wirtschaft wird durch eine Reihe konkreter Vorhaben umgesetzt. • Der erwähnte „Praxischeck“ entspricht der IHK-Forderung, Bürokratie bereits vor ihrem Entstehen systematisch zu verhindern.
--	--	--

KERNFORDERUNGEN DER LAG SACHSEN	KOALITIONSVERTRAG „AMPEL“	BEMERKUNG / ÜBEREINSTIMMUNG
------------------------------------	---------------------------	-----------------------------

ARBEITS- UND FACHKRÄFTESICHERUNG STÄRKEN

<ul style="list-style-type: none"> • Digitalisierung der schulischen Ausbildung, Ausbau digitale Ausstattung der Schulen • Stärkere Priorisierung der MINT-Fächer, höhere Vergleichbarkeit von Abschlüssen • Kampagne für die duale Berufsausbildung, Stärkung der Berufsorientierung insb. auf Gymnasien • Förderung von Fortbildungen, einheitliche Organisation des Meisterbonus und Ausweitung auf Fachwirte • Ablehnung einer Ausbildungsplatzabgabe • Stärkere Kommunikation der Möglichkeiten des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes im Ausland. Gezielte Informationskampagnen • Reduzierung der Bearbeitungszeiten von Visa- und Aufenthaltstiteln. Absenken der Gehaltsgrenzen im Rahmen der „EU Blue Card“ • Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes • Ablehnung weiterer Regulation im Arbeitsrecht 	<p><i>„Gemeinsam mit den Ländern werden wir einen Digitalpakt 2.0 für Schulen mit einer Laufzeit bis 2030 auf den Weg bringen,...“</i></p> <p><i>„Wir unterstützen, fördern oder stärken Angebote wie [...], den MINT-Aktionsplan – insb. für Mädchen –, [...], „Haus der Kleinen Forscher“,...“</i></p> <p><i>„Zur Fachkräftesicherung im Handwerk werden wir das Duale System der beruflichen Ausbildung stärken...“... „Wir wollen eine Ausbildungsgarantie, die allen Jugendlichen einen Zugang zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung ermöglicht, stets vorrangig im Betrieb.“... „Wir erhöhen die Ausbildungsmobilität.“</i></p> <p><i>„Zur Unterstützung des persönlich motivierten lebensbegleitenden Lernens bauen wir das Aufstiegs-BAföG aus, öffnen den Unterhaltsbeitrag für Teilzeitfortbildungen, fördern Weiterbildungen auch auf der gleichen Stufe des Deutschen Qualifikationsrahmens und auch für eine zweite vollqualifizierte Ausbildung, erhöhen die Fördersätze und Freibeträge deutlich und schließen Förderlücken zum BAföG. Ziel ist, dass Aufstiegslehrgänge und Prüfungen mit angemessenen Preisen kostenfrei sind.“... „Mit dem Lebenschancen-BAföG schaffen wir ein neues Instrument für die selbstbestimmte Weiterbildung auch jenseits berufs- und abschlussbezogener Qualifikation für alle.“</i></p> <p><i>„Viertens braucht Deutschland mehr Arbeitskräfteeinwanderung. Wir werden unser Einwanderungsrecht weiterentwickeln und bewährte Ansätze des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes wie die Westbalkanregelung entfristen. Neben dem bestehenden Einwanderungsrecht werden wir mit der Einführung einer Chancenkarte auf Basis eines Punktesystems eine zweite Säule etablieren, um Arbeitskräften zur Jobsuche den gesteuerten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die Blue Card werden wir im nationalen Recht auf nicht-akademische Berufe ausweiten; Voraussetzung wird ein konkretes Jobangebot zu marktüblichen Konditionen sein.“</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Digitalisierung von Schulausstattungen sowie Stärkung der MINT-Lehrinhalte ist positiv. • Kritisch: Stärkung der dualen Ausbildung wird nur sehr kurz und fälschlicherweise mit ausschließlichem Bezug auf das Handwerk erwähnt. • Kritisch: Eine <u>voraussetzungslose</u> Ausbildungsplatzgarantie ist realitätsfern und nicht im Sinne der Unternehmen. • Positiv: Bekenntnis und Förderung der (beruflichen) Weiterbildung. Weiterentwicklung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes und Erweiterung der EU-Blue-Card (hier darf es allerdings nicht zu Parallelstrukturen kommen, sondern beide Wege müssen schlüssig verzahnt bzw. zusammengeführt werden). • Flexibilisierung der Arbeitszeit wird genannt, allerdings in einem engen Rahmen.
--	--	---

>>

KERNFORDERUNGEN DER LAG SACHSEN	KOALITIONSVERTRAG „AMPEL“	BEMERKUNG / ÜBEREINSTIMMUNG
	<p>„Um auf die Veränderungen in der Arbeitswelt zu reagieren und die Wünsche von Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Unternehmen nach einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung aufzugreifen, wollen wir Gewerkschaften und Arbeitgeber dabei unterstützen, flexible Arbeitszeitmodelle zu ermöglichen. Wir halten am Grundsatz des 8-Stunden-Tages im Arbeitszeitgesetz fest.“...“Außerdem wollen wir eine begrenzte Möglichkeit zur Abweichung von den derzeit bestehenden Regelungen des Arbeitszeitgesetzes hinsichtlich der Tageshöchst-arbeitszeit schaffen, wenn Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen, auf Grund von Tarifverträgen, dies vorsehen (Experimentierräume).“</p>	

ENERGIE- UND ROHSTOFFVERSORGUNG NACHHALTIG UND BEZAHLBAR SICHERSTELLEN

<ul style="list-style-type: none"> • Fokus auf Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit bei der Energieversorgung • Emissionshandel als zentrales marktwirtschaftliches Instrument der Energiewende. Ausweitung auf einen globalen Zertifikatehandel • Eliminierung der EEG-Umlage und CO₂-Besteuerung. Senkung der Stromsteuer • Stärkere Förderung des Ausbaus von Anlagen der erneuerbaren Energien • Netzausbau und Steigerung der Energieeffizienz • Förderung der Versorgung mit heimischen Rohstoffen, Stärkung der Recyclingwirtschaft 	<p>„Wir werden national, in Europa und international unsere Klima-, Energie- und Wirtschaftspolitik auf den 1,5-Grad-Pfad ausrichten...“</p> <p>„Wir machen es zu unserer gemeinsamen Mission, den Ausbau der Erneuerbaren Energien drastisch zu beschleunigen und alle Hürden und Hemmnisse aus dem Weg zu räumen.“</p> <p>„Alle geeigneten Dachflächen sollen künftig für die Solarenergie genutzt werden. Bei gewerblichen Neubauten soll dies verpflichtend...“</p> <p>„...massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Errichtung moderner Gaskraftwerke, um den im Laufe der nächsten Jahre steigenden Strom- und Energiebedarf zu wettbewerbsfähigen Preisen zu decken.“...“ Die bis zur Versorgungssicherheit durch Erneuerbare Energien notwendigen Gaskraftwerke...“</p> <p>„Entsprechend beschleunigen wir den Netzausbau.“</p> <p>„...werden wir die Finanzierung der EEG-Umlage über den Strompreis beenden.“</p> <p>„Daher unterstützen wir die Pläne der Europäischen Kommission zur Stärkung des bestehenden Emissionshandels und setzen uns für eine ambitionierte Reform ein.“</p> <p>„...ein beschleunigter Ausstieg aus der Kohleverstromung nötig. Idealerweise gelingt das schon bis 2030.“</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Kritisch unter Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit: vorgezogener Kohleausstieg bei gleichzeitigem Atomausstieg. • Positiv: Beenden der EEG-Finanzierung über Strompreis sowie Bekenntnis zum Europäischen Emissionshandel als zentrales Instrument. • Kritisch: bürokratische Vorgaben auch für Privatwirtschaft beim Ausbau der erneuerbaren Energien (Verpflichtung zur Nutzung von Solarenergie bei gewerblichen Neubauten).
--	--	---

>>

KERNFORDERUNGEN DER LAG SACHSEN	KOALITIONSVERTRAG „AMPEL“	BEMERKUNG / ÜBEREINSTIMMUNG
	<p>„Wir wollen unsere Wirtschaft bei der Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung unterstützen, den heimischen Rohstoffabbau erleichtern und ökologisch ausrichten. ...Wir wollen das ökonomische und ökologische Potenzial des Recyclings umfassend nutzen, ...“</p>	

EU-BINNENMARKT UND WELTWEITEN FREIHANDEL STÄRKEN – LIEFERKETTEN SICHERN

<ul style="list-style-type: none"> • Krisenstrategien für den europäischen Binnenmarkt bezüglich exogener Schocks wie Corona • Weitergehende Harmonisierung des Binnenmarktes und Abbau von regulatorischen Marktzugangshürden • Rückbesinnung auf kooperative Wirtschaftsdiplomatie, Absage an protektionistische Tendenzen • Einsatz für ein Level-Playing-Field 	<p>„Wir setzen uns für einen starken EU-Katastrophenschutz, gemeinsame Beschaffung, Koordinierung der Produktion kritischer Güter sowie die Reduktion kritischer Importprodukte ein. Um die EU-Gesundheitsbehörden krisenfest zu machen, stellen wir diese mit den erforderlichen Kompetenzen und Ressourcen aus.“</p> <p>„Wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion stärken und vertiefen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) hat seine Flexibilität bewiesen. Auf seiner Grundlage wollen wir Wachstum sicherstellen, die Schulden tragfähigkeit erhalten und für nachhaltige und klimafreundliche Investitionen sorgen.“</p> <p>„Wir wollen europaweit eine richtlinienkonforme Umsetzung der Entsenderichtlinie sowie deren einfache Handhabung und Durchsetzung zum Schutz entsandter Beschäftigter und effektive und effiziente Kontrollen, um gegen Missbrauch und Betrug vorgehen zu können. Dazu wollen wir eine bürokratiearme Umsetzung des deutschen Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, eine gute Ausstattung der Kontrollbehörden und breite Beratungsangebote für entsandte und mobile Beschäftigte.“</p> <p>„Das Engagement für freien und fairen Handel ist Teil unserer internationalen Politik.“</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Positiv: Vertiefung der europäischen Wirtschaftsunion und Abbau von (wirtschaftsbezogener) Bürokratie im Binnenmarkt. • Nur sehr wenige Bekenntnisse zu internationalem Freihandel und Level Playing Fields.
--	--	---

